Nachrichten aus der Forschung

Denis Strohmeier

»Politische Vorstellungen vom deutschen Soldaten nach 1945«

Workshop des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam, 20. November 2015

DOI 10.1515/mgzs-2016-0079

Die erneute Aufstellung deutscher Streitkräfte nach 1945, die seit Ende der 1940er Jahre diskutiert wurde, zog auch eine Debatte über die Frage nach sich, welche Merkmale den zukünftigen deutschen Soldaten kennzeichnen sollten. Nachdem die bisherigen Konzepte als gescheitert angesehen worden waren, entwickelten sich widerstreitende Vorstellungen, mit denen auch Einfluss auf die Auswahl des Personals – vor allem der höheren Offiziere – genommen werden sollte. Während sich in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR das neue Soldatenbild vollständig an der herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus ausrichtete, entspann sich in den westlichen Besatzungszonen und in der späteren Bundesrepublik ein vielfältiger Diskurs um ein modernes Bild vom Soldaten. Dabei war die Integration der Streitkräfte in die neu entstandene westdeutsche Demokratie ein vorrangiges politisches Ziel.

Die Teilnehmer der Veranstaltung im ZMSBw näherten sich den politischen Vorstellungen vom deutschen Soldaten nach 1945 auf unterschiedlichen Wegen. Einerseits standen die Entwürfe im Hinblick auf den zukünftigen Soldaten im Fokus, die von Politikern entwickelt und vertreten wurden. Andererseits wurden der Einfluss, den politische Vorstellungen vom zukünftigen Soldaten auf die Personalauswahl – besonders der frühen Bundeswehr – hatten, und der Wandel von Soldatenbildern innerhalb der deutschen Gesellschaft diskutiert. Der Schwerpunkt der Vorträge lag dabei auf den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Eröffnet wurde der Workshop vom Kommandeur des ZMSBw *Hans-Hubertus Mack* und dem Leiter des Forschungsbereichs »Militärgeschichte nach 1945«

Kontakt: Denis Strohmeier, ZMSBw, Potsdam, E-Mail: DenisStrohmeier@bundeswehr.org

Rüdiger Wenzke. In der Einführung skizzierte die Organisatorin des Workshops, *Dorothee Hochstetter* (Potsdam), Thema und Zielstellung der Veranstaltung. In der Phase der Wiederbewaffnung wurden in Ost und West normativ besetzte Leitbilder vom »neuen« Soldaten entworfen, die den jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellungen entsprachen. In der Bundesrepublik wurden die neuen Streitkräfte in die freiheitlich-demokratische Grundordnung verankert; ein neues soldatisches Ideal wurde konzipiert, das seit 1953 unter dem Begriff Innere Führung firmierte. Dieses Konzept sollte auch einer verbesserten Akzeptanz der Bundeswehr in der bundesrepublikanischen Gesellschaft dienen. Dessen Gegner warnten vor einer Verweichlichung des Soldaten. Das Soldatenbild stellte auch immer einen Gegenentwurf zur Ideologie des Gegners dar und enthielt entsprechend ein Feindbild des expansiven Bolschewismus.

In der bisherigen sozial- und geschichtswissenschaftlichen Forschung sei das Thema Soldatenbilder bereits häufig Untersuchungsgegenstand gewesen, resümierte die Referentin. Besonders die Beziehung »Militär und Gesellschaft« habe dabei im Fokus gestanden. Im Rahmen des eintägigen Workshops solle das Augenmerk auf den politischen Einfluss, den gesellschaftlichen Auftrag an die Streitkräfte und die Vorstellungswelt von Politikern in Bezug auf die Soldaten gelegt werden. Dazu sollten die Referenten zu drei Kernfragen Stellung nehmen: Wie sahen Politiker den Soldaten im Spiegel ihrer Überzeugungen, ihrer eigenen persönlichen Biografie und vor dem Hintergrund politischer Umbrüche? Welche politischen Erwartungen, Wunschbilder und auch Feindbilder herrschten in Bezug auf den Soldaten der Bundeswehr und der NVA vor? Welche Entwicklungen spielten bei der Formierung oder Änderung des Soldatenbildes eine Rolle? Gab und gibt es strategische, bündnispolitische, militärtechnische Anforderungen, die sich direkt auf den Auftrag und das Anforderungsprofil der Soldaten auswirkten bzw. auswirken?

Nach der Einführung wurden zwei laufende Dissertationsprojekte vorgestellt. *Lena Elisa Freitag* (Göttingen) untersucht in geschlechterpolitischer Perspektive den öffentlichen Diskurs über Wehrdienstverweigerer in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich von den 1950er bis in die 1980er Jahre. Ihr besonderes Interesse gilt dabei dem Wandel des Männlichkeitsbildes in der Öffentlichkeit, bei dem auch die vorherrschenden Vorstellungen vom Soldaten eine Rolle spielen. Das zweite Forschungsvorhaben wurde von *Klaus Schroeder* (Bielefeld) präsentiert, der sich dem Vergleich von Feindbildern in der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) widmet. Im Zentrum seiner Untersuchung steht die Vermittlung dieser Feindbilder sowohl in der unmittelbaren Gefechtsausbildung als auch im politischen Unterricht in der Truppe. Schroeder untersucht auch, welchen direkten Einfluss die SED und die UdSSR auf die Entwicklung des Feindbildes in der NVA genommen haben.

Thorsten Loch (Potsdam) thematisierte den politischen Einfluss auf die Auswahl der Generalität in der frühen Bundesrepublik. Einleitend verglich Loch Sozialstruktur und Karrierewege der Militäreliten des Heeres in Ost und West. Dabei lassen sich grundlegende Strukturen erkennen: Während eine Laufbahn in der Bundeswehr von den militärischen Fähigkeiten und von der Stellung des jeweiligen Kandidaten innerhalb der Militärhierarchie abhing, stand der Karriereweg in der Nationalen Volksarmee (NVA) maßgeblich unter dem Vorbehalt der ideologischen Zuverlässigkeit. Im Zuge der Wiederbewaffnung hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer deutlich gemacht, dass er keine politisierenden Generale in den neuen Streitkräften haben wollte. Nach den Erkenntnissen Lochs lässt sich jedoch keine strukturelle Einflussnahme von Politikern und Parteien auf die Auswahl der Generalität in der Bundeswehr erkennen. Lediglich im Einzelfall gab es Absprachen zwischen Regierungsparteien und Opposition bei der Beförderung und Besetzung höherer Dienstposten. Letztlich bestimmte das Militär selbst und nach militärfachlichen Gesichtspunkten über die Auswahl derjenigen, die in den Generalsrang aufstiegen.

Am Ende lautete das Fazit des Referenten, dass es keinen Hinweis auf eine politische Einflussnahme bei der Auswahl des Personals in der Generalität der frühen Bundeswehr gab. Erst unter Helmut Schmidt hätten sich die Anforderungen an die höheren Offiziere geändert – weg vom Generalstäbler hin zum Typus des Managers. Ergänzend wies Loch darauf hin, dass es eine Kontinuität zwischen Bundeswehr und Reichswehr gebe bezüglich der Art, wie Generale ausgewählt würden.

Einer zeitlich parallel laufenden Entwicklung nahm sich *Agilolf Keßelring* (Helsinki) an. Er präsentierte die Vorstellungen der Organisation Gehlen und der US-Geheimdienste zur Personalauswahl für einen zukünftigen deutschen Verteidigungsbeitrag im Realitätscheck der Politik.

Ein wichtiges Instrument bei der Wiederbewaffnung Deutschlands stellte für die USA die Organisation Gehlen (Org) mit Sitz in Pullach dar. Angeleitet von der Central Intelligence Agency (CIA) sollte die Org im Sinne der amerikanischen Politik agieren. Von besonderem Interesse für Washington waren die Einschätzungen aus Pullach über ehemaliges deutsches Militärpersonal. Inwieweit diese Informationen dann allerdings von den Amerikanern verwertet wurden, lässt sich heute kaum rekonstruieren. Bereits vor der Aufstellung der Bundeswehr war jedoch klar, dass in dieser Armee für bestimmte Offiziere aus politischen Gründen kein Platz war. Dies galt etwa für General der Infanterie a.D. Hermann Foertsch, General der Gebirgstruppe a.D. August Winter, Generaladmiral a.D. Otto Schniewind und Konteradmiral a.D. Eberhard Godt. Andererseits wurden Generalleutnant a.D. Adolf Heusinger und Vizeadmiral a.D. Friedrich Ruge auch aus Sicht der Org als geeignete Kandidaten für einen militärischen Neuanfang betrachtet.

Als Prüfstein für infrage kommendes Personal galt auch, dass bei den entsprechenden Personen ein deutlicher politischer Bruch mit Hitler erkennbar sein musste. Der »Denazification« räumten die Amerikaner daher seit den späten 1940er Jahren Vorrang ein, während die Demilitarisierung zu den Akten gelegt wurde – auch angesichts der sich verschärfenden Auseinandersetzung zwischen Ost und West.

Mit dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss und dessen Vorstellung vom Soldaten thematisierte *Ernst Wolfgang Becker* (Stuttgart) den Einfluss des politischen Personals in der frühen Bundesrepublik auf das Soldatenbild. In der öffentlichen Wahrnehmung wirkte der erste Bundespräsident bildungsbürgerlich geprägt mit einer zivilen Ausrichtung sowie einer geradezu lässigen Haltung gegenüber dem Militär. Besonders Letzteres gilt als von der Forschung widerlegt. Heuss hat sich demnach immer wieder intensiv mit dem Thema Militär auseinandergesetzt, auch wenn er aufgrund einer Verletzung selbst nie Soldat gewesen war. Für Heuss bedeutete die deutsche Niederlage 1945 auch das Ende der preußisch-deutschen Militärgeschichte. Bei der Wiederbewaffnung stellte sich der Präsident gegen einen übertriebenen Traditionsglauben in den neuen deutschen Streitkräften und forderte eine Distanzierung von militärischen Traditionen. In seiner Rolle als Staatsoberhaupt verzichtete er auf eine Ehrenformation der Bundeswehr beim Neujahrsempfang und kritisierte im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Ordensgesetzes einzelne Orden und Auszeichnungen. Allerdings verfolgte Heuss im Hinblick auf die vielen ehemaligen Soldaten in der Bundesrepublik eine integrative Politik. Er agierte gegen die allgemeine Diffamierung des deutschen Soldaten und machte sich für die Regelung der Versorgung von ehemaligen Berufsoffizieren stark. Gleichzeitig setzte sich der Präsident für die vorzeitige Entlassung von inhaftierten verurteilten Kriegsverbrechern ein. Die Wiederbewaffnung verteidigte Heuss gegen politische Gegner als Teil einer Politik, die der Bundesrepublik den Weg in die Souveränität ebnen würde. Zudem sei ein demokratischer Staat auf eine Armee angewiesen. Mit dem Versuch, innerhalb der Verteidigungspolitik eine aktivere Rolle einzunehmen scheiterte Heuss. Sein Bestreben, dass innerhalb der neu zu schaffenden Verteidigungsorganisation der Bundespräsident den »Oberbefehl« erhielt, blieb ohne Erfolg.

Nach Ansicht von Becker verfügte der erste Bundespräsident über keine konzeptuelle Vorstellung zum Bild des Soldaten. Im Oktober 1954 habe er die Notwendigkeit unterstrichen, bei der Auswahl der Offiziere auf politisch gewogene Kandidaten zu achten.

Als Verteidigungsminister wider Willen charakterisierte *Torsten Oppeland* (Jena) den CDU-Politiker Gerhard Schröder. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Schröder als Soldat an der Ostfront; aus seiner Sicht bildete die Wehrmacht während der NS-Diktatur ein Refugium bürgerlichen Verhaltens. Nach dem Ende

des Zweiten Weltkrieges fand Schröder in der CDU seine politische Heimat und wurde 1949 in den ersten Bundestag gewählt. Adenauer berief Schröder 1953 zum Bundesminister des Innern ins Bundeskabinett. In Schröders Zuständigkeit fiel auch der Bundesgrenzschutz (BGS), der aufgrund seines quasi-militärischen Charakters als Konkurrenz zur zukünftigen Bundeswehr gesehen wurde. Oppeland machte deutlich, dass Schröder von den Angehörigen des BGS eine positive Staatsgesinnung in Bezug auf die Bundesrepublik einforderte. Nach seinem Ressortwechsel ins Auswärtige Amt 1961 befürwortete Schröder als ausgesprochener Atlantiker das Bündnis mit den USA und der NATO. Er lehnte einen deutsch-französischen Sonderweg ab. In der Großen Koalition übernahm Schröder ab 1966 das Amt des Bundesministers der Verteidigung (BMVg). Seine Aufmerksamkeit galt auch weiterhin den internationalen Aspekten der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Nach Meinung des Referenten zeigte Schröder kein gesteigertes Interesse an der Bundeswehr. Die Führung des BMVg überließ er weitgehend seinem Staatssekretär Karl Carstens.

Laut Oppeland lassen sich auch bei Schröder keine konkreten Vorstellungen vom Bundeswehrsoldaten erkennen. Gleichwohl forderte Schröder in Hinblick auf die Außerparlamentarische Opposition und die Proteste gegen die Notstandsverfassung 1968 ein positives Bekenntnis des Soldaten zum deutschen Staat und forderte Loyalität für diesen ein. Er vertrat die Ansicht, dass die Kriegsdienstverweigerung zunehmend als politisches Kampfmittel gegen den Staat benutzt werde. In seiner Amtszeit sind die ersten Ansätze eines Wandels in den Anforderungen an den Offizier hin zum technikaffinen Managertyp erkennbar.

Die Transformation des Soldatenbildes im Zuge der Nachrüstungsdebatte zwischen 1979 und 1983 bildete den Schwerpunkt des Beitrags von *Jan Hansen* (Berlin). Er näherte sich dem Thema des Workshops, indem er die Entwicklungen im sozialdemokratischen Milieu der Friedensbewegung sowie innerhalb der SPD darstellte. Während die SPD als Regierungspartei noch 1979 für den NATO-Doppelbeschluss stimmte, entwickelte sich innerparteilich eine starke Opposition gegen die Auswirkungen dieser Entscheidung. Vor allem auf regionaler Ebene und in den Ortsverbänden wurden Gegenstimmen laut, welche die SPD als ausgesprochenen Gegner der Bundeswehr erscheinen ließen. Der Unmut richtete sich vor allem gegen die NATO und die als kritisch empfundene Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenwaffen (Cruise Missile und Pershing II). Parallel dazu erhoben auch aktive Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr ihre Stimmen gegen den Doppelbeschluss und das aufflammende Wettrüsten, das als »Bedrohung der Menschheit« wahrgenommen wurde. Ihr prominentester Vertreter war Generalmajor Gert Bastian. Insgesamt aber stellten die Nachrüstungsgegner nur eine kleine Minderheit in der Bundeswehr dar. Von Bedeutung ist hierbei nach Ansicht Hansens der Umstand, dass damit das radikale Feindbild

vom »Soldaten« innerhalb der Friedensbewegung gebrochen wurde. Der Bruch ging durch alle politischen Lager. Das traditionelle Bild vom Soldaten als »Homo militaris« mit den typischen Männlichkeitseigenschaften wandelte sich in Teilen der Gesellschaft hin zu dem eines »Homo pacificus«. Ein Grund dafür ist das Aufweichen des ideologischen Gegensatzes – der Ost-West-Konflikt korrodierte zunehmend. Hansen ist der Ansicht, dass sich in diesem in Wandlung begriffenen Soldatenbild auch genuin weiblich konnotierte Eigenschaften etablierten. Die Transformation der Vorstellungen vom Soldaten sei im Kontext einer sozialen Bewegung – der Friedensbewegung – erfolgt. Dabei habe sich gezeigt, dass die Bundeswehr kein abgeschlossener sozialer Raum, sondern zur Gesellschaft hin offen war. Der »Homo pacificus« habe zwar den »Homo militaris« nicht abgelöst, sich jedoch zu einer alternativen Vorstellung vom Soldaten entwickelt.

Abschließend skizzierte *Christian Th. Müller* (Potsdam) die politische Vorstellung vom Soldaten in der DDR, ausgedrückt in der »sozialistischen Soldatenpersönlichkeit«, geprägt von den ideologischen Vorstellungen der SED. In der bisherigen Forschung zur Militärgeschichte der DDR ist die Beschäftigung mit dem Soldatenbild nach Ansicht von Müller ein Forschungsdesiderat, das bisher lediglich in Ansätzen untersucht worden ist. Innerhalb des ostdeutschen Staates gab es keine interne oder öffentliche Debatte zur Genese des Soldatenbildes. Ebenso fehlte, anders als in der Bundesrepublik, jegliche wissenschaftliche Auseinandersetzung damit. Aufbauend auf ihrem totalen Herrschafts-, Kontroll- und Erziehungsanspruch, formulierte die SED auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus das Ideal eines neuen Menschenbildes. Die 10 Gebote für den sozialistischen Menschen gaben der Vorstellung seit 1958 eine Form und stellten die »sozialistische Persönlichkeit« als Erziehungsziel für alle Bürger des sozialistischen Staates vor. Daran war die gesamte Erziehung und Bildung in der DDR ausgerichtet. In diesem Zusammenhang entstand auch das Muster der »sozialistischen Soldatenpersönlichkeit«, das innerhalb der Truppe nochmals in verschiedenen ideologischen Konzeptionen spezifiziert wurde, wie der »sozialistischen Unteroffizierspersönlichkeit« oder dem »sozialistischen Kampfkollektiv«. Die Grundpfeiler dieser Entwürfe bildeten die Schaffung des »sozialistischen Bewusstseins« und von »sozialistischen Beziehungen« auf dem Wege der politischen Schulung in der Truppe. Es war auch als Gegenentwurf zu den westlichen Vorstellungen vom Soldaten gedacht. Das ideologisierte Soldatenbild der DDR war ab 1978 Leitbild in der NVA. Es war geprägt von einer formalisierten, unflexiblen sowie technokratischen Vorstellung der Wehrideologen und diente der totalen Inanspruchnahme des Menschen durch das Regime. Die Realität in den ostdeutschen Streitkräften hingegen sah anders aus. Das innere Gefüge war geprägt von überzogenen Disziplinforderungen und massiver politischer Indoktrination sowie durch das informelle System der Entlassungskandidaten (EK-

Bewegung). Das einseitige, ideologisch durchdrungene Soldatenbild in der DDR stand im völligen Gegensatz zu den übrigen im Workshop präsentierten, sehr heterogenen politischen Vorstellungen vom Soldaten.

Das Thema des Workshops bildete eine gemeinsame Klammer für unterschiedliche Forschungsansätze und Analysekategorien, um sich den politischen Vorstellungen vom Soldaten in der Vergangenheit zu widmen. Die Diskussionen unter den Teilnehmern wurden bestimmt von der Frage nach den Einflussmöglichkeiten der Politik auf das Militär und nach der Transformation von soldatischen Bildern. Besonders mit Blick auf die DDR und ihre Streitkräfte fehlen entsprechende Forschungen noch. Ein weiterer Impuls in der Debatte bezog sich auf die binären Muster des Kalten Krieges, von denen sich die Geschichtswissenschaft in Zukunft noch deutlicher emanzipieren sollte.

Der Workshop bestätigte die Erkenntnis, dass sich militärgeschichtliche Themen mit sozial-, kultur- und politikwissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen erkenntnisfördernd verbinden lassen; er zeigte darüber hinaus, dass die Wechselbeziehungen zwischen Militär und Politik in der deutsch-deutschen Zeitgeschichte ein interessantes Forschungsfeld darstellen, das nicht nur in puncto Soldatenbilder, sondern auch in Bezug auf Rüstungsgüterbeschaffung, Aufbau und Kontrolle von Streitkräften oder politische Vermittlung von verteidigungspolitischen Themen in der Gesellschaft Relevanz besitzt.